Für eine zeitgemäße Seniorenpolitik

Lebenszeit muss in allen Phasen als wertvolle Zeitspanne bewusst werden, die nur einmal zur Verfügung steht. Alle haben das unveräußerliche Recht, diese Zeit so angenehm wie möglich zu erleben. Das Recht auf Selbstbestimmung und das Verbot der Altersdiskriminierung (auch bei den so genannten „jungen Alten“) ist somit Grundlage für ein Umdenken in der Seniorenpolitik, auch in unserer Stadt.

Für die Teilhabe am öffentlichen Leben

Im politischen Leben sind Senior_innen aufgrund der demografischen Entwicklung deutlich stärker als bisher einzubeziehen. Die grundsätzlich zu begrüßende Tätigkeit des Seniorenbeirates muss noch stärker in Richtung auf Mitsprache und Mitentscheidung ausgebaut werden.
Die Partei DIE LINKE. wird sich an den Wahlen zum Seniorenbeirat 2012 mit dem Ziel beteiligen, die Tätigkeit des Vertreters der Linken Liste in diesem Gremium fortzusetzen.
Teilhabe an der Gesellschaft setzt eine entsprechende Preispolitik voraus: Bustickets und Eintritte zu kulturellen und sportlichen Veranstaltungen müssen den reduzierten Ressourcen der Senioren Rechnung tragen.
Dies gilt auch für ältere Menschen in unserer Stadt; auch für sie muss es die Möglichkeit der Wiesbaden-Card geben.

Für den Schutz vor Altersarmut

Die so genannten Reformen in der Rentenpolitik, insbesondere die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, gehen zu Lasten der Rentner_innen, insbesondere der durch Arbeitslosigkeit und Hartz IV betroffenen künftigen Rentnergeneration.
Um angemessen handeln zu können, brauchen wir konkrete und nachprüfbare Daten über die Lage der älteren Menschen in Wiesbaden. Die Partei DIE LINKE unterstützt die Aktivitäten des Seniorenbeirates, gemeinsam mit Expertinnen und Experten klare prognostische Aussagen über Armut und Reichtum der älteren Menschen in unserer Stadt zu gewinnen.

Für Wohnen im Alter als öffentliche Aufgabe

Die Tendenz der Verantwortlichen in Wiesbaden, sich beim Bau und Unterhalt von Senioreneinrichtungen aus der Verantwortung zu stehlen, muss in aller Deutlichkeit angeprangert werden. Sie führt dazu, dass immer mehr private Investoren und Bauunternehmen das große Geschäft „Seniorenunterkünfte“ wittern. Konsequenz für viele Ältere, die über keine großen Reserven verfügen, sind z.T. unwürdige Lebens- und Wohnverhältnisse – während die privaten Träger das große Geld machen.
Die Kommune ist gefordert, ihren Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge zu leisten und den Bau und den Betrieb von ausreichenden und bezahlbaren Wohn-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen für Ältere zu gewährleisten. DIE LINKE fordert die Stadt auf, die vielfältigen Bedürfnisse und Initiativen nach alternativen gemeinschaftlichen Wohnformen (z.B. Runder Tisch) zu unterstützen, indem sie geeignete Grundstücke bzw. Immobilien zur Verfügung stellt oder selbst erwirbt.

DIE LINKE.Wiesbaden fordert:

- die Erweiterung der Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte des Seniorenbeirats
- Bildungs- und Qualifizierungsangebote für Ältere
- Schutzmaßnahmen vor Altersarmut
- einen Armuts- und Reichtumsbericht für Wiesbaden, in dem auch die Situation der Älteren

dargestellt wird

Ø den Bau und den Unterhalt kommunaler Wohn-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen

Ø die Unterstützung alternativer gemeinschaftlicher Wohnformen

Quelle:
http://www.dielinke-wiesbaden.de/wahlen/kommunalwahl_2011/wahlprogramm/fue